

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1852

2.6.1852 (No. 129)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 2. Juni.

N^o 129.

Vorauszahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelber frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1852.

Deutschland.

*** Aus Baden, 1. Juni.** Wenn die schlechte Witterung des ersten Pfingstfeiertags die Reiseflust hemmte, so erwachte sie am zweiten desto stärker. Die Eisenbahn war an diesem Tage auf ihrer ganzen Länge ungemein in Anspruch genommen. Hauptanziehungspunkte scheinen, wie gewöhnlich, Heidelberg, Baden und Badenweiler gebildet zu haben. In Baden sind übrigens trotz der Ungunst des Wetters am ersten Festtage 429 Fremde angekommen.

Am 29. d. wurde, dem „D. B.“ zufolge, der erste Nagel zum Bau der großartigen neuen Eisenbahn-Brücke über die Kinzig geschlagen. Dem feierlichen Akte wohnte der Hr. Präsident des Gr. Ministeriums des Innern, Frhr. v. Marschall, und der Direktor der Gr. Posten und Eisenbahnen, Frhr. v. Reizenstein, bei.

Die „Konst. Ztg.“ brachte schon wiederholt Mittheilungen über Zeichen freundlicher Erinnerung des Prinz-Präsidenten von Frankreich an Personen aus der Zeit seines Aufenthalts zu Arenenberg. Sie erzählt wieder einen solchen Fall. Der frühere Jäger v. Napoleon's, Bucherer von Allensbach, begab sich jüngst nach Paris, wo er von seinem früheren Herrn sehr gütig aufgenommen wurde. Er erhielt ein Geschenk von 1000 Fr. und eine jährliche Pension von 300 Fr.

4 Wertheim, 29. Mai. Heute Abend findet die feierliche Beisetzung des verstorbenen Prinzen Karl Ludwig Friedrich zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg in der hiesigen Stadtkirche statt. Er starb den 26. d. M., Abends 8 Uhr, auf seinem Schloß zu Trübenstein in einem Alter von 71 Jahren und einem Monat. Mit ihm erlischt die Karlsruher oder jüngere Linie dieses fürstlichen Hauses, und es gehen deren Stammbesitzungen auf die ältere oder Vollkrath'sche Linie über; der Chef der letzteren, Fürst Georg zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg, hat sich bereits in den Besitz der wieder vereinigten Stamngüter gesetzt; die Alodialerben des verstorbenen Fürsten sind bis jetzt noch nicht mit Gewißheit ermittelt worden, indem er, ungeachtet er seine Umgebung mit ungemainer Liebe und Aufmerksamkeit behandelte, es leider doch verfaßmt hat, einen letzten Willen zu ihren Gunsten zu errichten, und nun entfernte Verwandte zur Erbfolge berufen werden.

7 Krauthheim, 31. Mai. Bei der den 25. d. einer Deputation aus dem Amtsbezirk Krauthheim allergnädigst erteilten Audienz überreichte der Vorstand der Gemeinde Krauthheim Sr. Kön. Hoheit unserm allverehrtesten Regenten eine Bittschrift, worin die Noth vieler hiesigen Gemeinglieder getreu und der Wahrheit gemäß von einem Mitgliede des Frauenvereines geschildert war. Sr. Kön. Hoheit nahmen dieselbe huldvollst an, erfundigten sich genau nach den hiesigen Verhältnissen, und ließen dem Hrn. Bürgermeister fogleich zur Linderung der Noth die Summe von Ein hundert Gulden aus Allerhöchstherrlicher Privatkasse überreichen. Für diese so reichliche Gabe spricht der unterzeichnete Verein seinen innigsten und wärmsten Dank aus. Der Allmächtige erhalte auch ferner Sr. Kön. Hoheit unsern allergnädigsten Regenten und das ganze Allerhöchste fürstliche Haus zum Wohle unseres Landes! Der Armen-Unterstützungsverein.

8 Stuttgart, 30. Mai. In der radikalen Presse ist gegenwärtig eine Art von Waffenstillstand eingetreten, der in zwei leicht begreiflichen Ursachen seinen Grund hat. Erstens fehlt es ihr an Stoff, denn das schon hundert und hundert Mal Wiedergekaute ist längst zum Excrement geworden; zweitens scheint die Berordnung ihre Wirkung zu äußern, daß jetzt streng darauf gesehen wird, daß mit Beschlag belegte Blätter in keinen öffentlichen Lokalen mehr aufgelegt werden dürfen, und daß in letzterer Zeit die Beschlagnahmen sehr rasch auf einander folgten. Eine Berordnung war aber auch ein sehr dringendes Bedürfnis, wenn nicht jede Konfiskation illusorisch werden sollte, da die Expeditionen darauf dresirt waren, Nummern, bei denen die Redaktion nicht recht traute, möglichst rasch an Besenstapeln und Schenklokale gelangen zu lassen. Dort konnten sich dann die Privatabonnenten entschädigen, welchen ihre Exemplare nicht zukamen. Weil man aber doch ein Noß haben muß, so muß jetzt der Staatshaushalt erhalten, um als Steckenspferd geritten zu werden.

Aus den Artikeln, welche jetzt schon unter das Volk geschleudert werden und, als Wetterleuchten aus der Ferne, das Herannahen eines künstlich zum Orkan zu schwellenden Unwetters verkündigen sollen, kann man ungefähr abnehmen, welchen Gang dieses Komödienonnerweiter nehmen wird. Es wird zwar nirgends einschlagen, aber eben so wenig befruchtend wirken, und nur in so fern schaden, als es den Gang der Verhandlungen in der Kammer hemmen wird. Die Verathung des Einnahmebudgets wird sehr langwierig werden, da zu mehreren Abgaben neue Gesetze gemacht werden müssen. Da ist zunächst die Schlachtaccise jährlich zu 200,000 fl. angeschlagen; sodann soll die Viegenzschaffaccise von 1/2 auf 1 Prozent erhöht werden, so daß sie anstatt 165,230 fl. in Zukunft 450,000 fl. betragen wird. Auch von der Hundesteuer sollen einige tausend Gulden mehr erhoben werden. Die Wirtschaftsabgaben, seither zu 1,440,290 fl. angeschlagen, sollen 1,740,000 fl. ertragen. Von der Salz-

steuer sollen statt der seitherigen 20 Kreuzer nunmehr 30 Kr. per Simri bezahlt, und auch die Branntweinsteuer erhöht werden. Aus Sporteln hofft man 21,000 fl. mehr zu ziehen, und schließlich soll die direkte Steuer auf Grund, Gebäuden und Häusern von 2 Millionen auf 2,600,000 fl. gebracht werden. Durch alles Dies zusammen hofft die Regierung einen Reinertrag von ungefähr anderthalb Millionen zu erzielen und das vorhandene Defizit zu decken.

Zunächst wird die Opposition gegen jede Erhöhung der Steuer überhaupt peroriren; darauf wird ihr aber die Regierung ganz gelassen erwidern: daß sie selbst nur ungerne zu diesem Mittel greife, daß sie aber ihre Verbindlichkeiten erfüllen und deßhalb Geld haben müsse. Sie trage keine Schuld daran, daß in den Revolutionsjahren so leichtfertig mit dem Staatsvermögen gewirthschaftet worden sei, daß der Ertrag desselben sich so vermindert habe, daß an der Stelle der früheren Ueberschüsse sich jetzt Ausfälle befinden. Sodann werden Vorschläge kommen, wie man die Steuererhöhung umgehen könne, und es wird an Vorschlägen nicht fehlen. Man wird von Kreirung weiteren Papiergeldes, von Kontrahierung eines Anleiheens sprechen; aber die Regierung soll fest entschlossen sein, sich auf kein Amendement einzulassen, das nicht dazu dient, den Staatshaushalt nachhaltig in das regelmäßige Geleise zu bringen, und wodurch der Wiederkehr eines Defizits vorgebeugt wird. Nach Ueberwindung dieser Hauptklippe wird an jedem einzelnen deßhalb notwendigen Gesetze gemäkelt werden, und so liegt bei der Reichhaltigkeit des Stoffes für eine redselige Opposition die Befürchtung einer endlosen Dauer der nächsten Sitzungszeit sehr nahe. Da aber der Termin, an welchem die Arbeiten fertig sein müssen, ein sehr kurzer ist, indem die neuen Steuern vom 1. Juli d. J. an in Wirksamkeit treten sollen, so wird die Regierung ihr Möglichstes thun, daß dieser Zeitpunkt nicht ohne Entscheidung vorübergehe.

München, 28. Mai. (Schw. M.) Der feierliche Akt der Schließung des Landtags erfolgte erst heute Mittag durch den Prinzen Luitpold in dem Sitzungssaale der Abgeordneten-Kammer. Da der Landtags-Abschied diesmal sehr umfassend ist, so dauerte die Zeremonie fast eine Stunde. Sämtliche zwischen den beiden Kammern vereinbarten Gesetze sind sanctionirt, mit Ausnahme des für die Pfalz beauftragt der Bestrafung von Majestätsbeleidigungen von der Abgeordneten-Kammer auf dem Wege der Initiative vorgeschlagenen. Es ist übrigens hiebei der gute Wille, der diesem Vorschlage zu Grunde liegt, anerkannt. Anerkannt ist ferner die Thätigkeit und das Entgegenkommen der Kammer bezüglich der das materielle Wohl des Landes bezweckenden Gesetzentwürfen; dagegen wird beklagt, daß jene Gesetze, die vorzugsweise zur Befestigung der staatlichen Ordnung und des monarchischen Prinzips bestimmt waren, nicht zu Stande kamen. Bezüglich ihrer wird sich vorbehalten, dem nächsten Landtag Vorlagen machen zu lassen, die auf denselben Grundfragen beruhen.

Landau, 29. Mai. (Pfalz. Z.) Dem Vernehmen nach hat der Verwaltungsrath der pfälzischen Ludwigsbahn in seiner gestrigen Sitzung sich gutachtlich dahin ausgesprochen, daß das erforderliche Kapital für den Bau der Eisenbahn von Neustadt über Landau nach Weisenburg durch eine Aktiensubskription aufzubringen sei. Bei dem günstigen Kurse der 4% Aktien der pfälzischen Ludwigsbahn läßt sich erwarten, daß die erwähnte Aktiensubskription einen raschen Fortgang finden werde, da bekanntlich für das Bau- und Einrichtungskapital der neu zu errichtenden Bahn eine Verzinsung mit 4 1/2 % von Seiten des Staats gewährleistet wird.

ΔΔ Frankfurt, 1. Juni. Der Bundestag wird sich in seinen nächsten Sitzungen mit der schleswig-holsteinischen Angelegenheit beschäftigen. Der Bericht des politischen Ausschusses ist in dieser Sache nun vollendet; namentlich wird auch das Uebereinkommen zwischen der Krone Dänemark und dem Herzoge von Augustenburg in Bezug auf die dänische Erbfolge zur Sprache kommen.

Die von mehreren Seiten gänzlich in Abrede gestellten Bundestags-Ferien werden nun dennoch stattfinden und 6 bis 8 Wochen dauern.

Mainz, 29. Mai. (Fr. Post.) Auf Schloß Johannisberg werden Vorbereitungen für die Ankunft des hohen Schloßherrn Fürsten Metternich veranlaßt, und dürfte die Ankunft schon in den ersten Tagen des Monats Juni erfolgen.

Hannover, 27. Mai. Gestern — in der letzten Sitzung, welche die Erste Kammer vor ihrer Vertagung hielt — richtete Preussing an die Regierung die Anfrage, „ob sie pflichtschuldigst bemüht gewesen sei, den Weg, welchen das abgetretene Ministerium in der provinziallandtschaftlichen Frage beschritten habe, innezuhalten und den verfassungswidrigen Schritten einer winzigen Partei entgegenzutreten; und ob sie ferner gesonnen sei, in Gemäßheit des ständischen Beschlusses vom 19. Dez. v. J. die in der provinziallandtschaftlichen Frage verhandelten Akten dem Hause vorzulegen?“ die von Scheele dahin beantwortet wurde, daß die

Regierung, um einer Entscheidung des Bundes vorzukommen und eine Einmischung in die innern Angelegenheiten des Landes abzuwehren, den Weg der Verständigung und Einigung mit den Landschaften betreten habe. Der Versuch sei bis jetzt noch nicht gelungen und deßhalb der jezige Augenblick für eine Auskunftserteilung um so weniger geeignet, als die Angelegenheit eine schwebende sei, und mit der bestragten Gestaltung der Ersten Kammer im engsten und innigsten Zusammenhang stehe.

Oldenburg, 28. Mai. Der Landtag genehmigte heute in geheimer Sitzung mit 32 gegen 12 Stimmen den Beitritt Oldenburgs zum Septembervertrage — jedoch unter Bedingungen.

Aus Schleswig-Holstein. (A. M.) Mit dem 1. Juli d. J. wird auch Holstein in den dänischen Postverband mit aufgenommen werden und damit der unter der ehemaligen Statthaltertschaft veranlaßte Anschluß des Herzogthums an den deutsch-österreichischen Postverein wieder aufhören. Dagegen wird dann die gesammte Monarchie mit allen ihren Gebietstheilen mittelst eines Vertrages sich dem deutsch-österreichischen Postverein anschließen und namentlich den in letzterem geltenden Portosatz dem Auslande gegenüber annehmen, so daß in dieser Beziehung wenigstens Holstein keine erhebliche Veränderung bevorsteht.

Berlin, 29. Mai. Die „N. Pr. Z.“ berichtet: Gestern um 1/4 auf 6 Uhr traf auf der schlesischen Eisenbahn mittelst Extrazuges ein Flügeladjutant des Kaisers von Rußland hier ein und begab sich sofort an das kön. Hoflager nach Potsdam, um von einem Unfalle Nachricht zu bringen, der, Gott sei Dank, keine unglücklichen Folgen gehabt. In der Gegend von Czestochau ist nämlich der Extrazug, der den Kaiser und den Prinzen Friedrich Karl von Preußen nach Warschau führte, aus den Schienen gekommen, wobei zwei Wagen bedeutend beschädigt sind. Der Kaiser und der Prinz Friedrich Karl sind mit dem Gefolge ohne irgend eine Verletzung der Gefahr entgangen und haben schon nach einem Aufenthalt von zwei Stunden die Reise auf der Eisenbahn fortgesetzt.

Die „Sp. Ztg.“ versichert auf das bestimmteste, daß auch Frankreich das Londoner Protokoll wegen Neuenburg unterzeichnet habe; ja es habe von Anfang ein besonderes Interesse an der Aufstellung desselben genommen.

8 Berlin, 29. Mai. Vielseitig wird jetzt von einer in London getroffenen Uebereinkunft hinsichtlich der Neuenburger Frage berichtet. Wir erhalten aus guter Quelle über den Entwicklungsgang der Sache einige nähere Aufschlüsse. Danach war Preußen schon seit vier Jahren bemüht, seine willkürlich verlegten Anrechte auf Neuenburg wieder zur Geltung zu bringen. Die Lage der Dinge in der ersten Zeit nach der Februarrevolution gestattete aber nicht, mit Gewalt der Waffen von der Schweiz Genugthuung zu erlangen, ohne gleichzeitig einen europäischen Krieg zu entzünden. Auf dem Wege der Unterhandlungen war kein Erfolg zu hoffen. Die Umstände änderten sich, als Ludwig Napoleon mit dem Wunsche einer Befestigung seines Regiments das Verlangen innigerer Annäherung an die östlichen Mächte verband. Preußen benützte diesen Augenblick, und richtete etwa im Anfang vorigen Jahres unter Berufung auf die Wiener Verträge an England und Frankreich als Theilnehmer an diesen Verträgen die Aufforderung, den garantierten Rechtszustand in Bezug auf Neuenburg wieder herzustellen zu helfen. Rußland und Oesterreich hatten schon früher ihre Mitwirkung zugesagt, und so kamen Konferenzen in London zu Stande, die nach mehrfachen Unterbrechungen endlich in unseren Tagen zu dem Resultat gelangten: daß von den andern Großmächten Preußens Recht auf den Besitz von Neuenburg nochmals förmlich anerkannt, und deren Beihilfe zur praktischen Durchführung dieses Rechts zugesagt wurde. Vornächst steht nun wohl eine Kollektivnote der Mächte an die Eidgenossenschaft zu erwarten. Weitere, etwa notwendig werdende Schritte bleiben späterer Vereinbarung vorbehalten. Preußen dürfte auch jetzt zunächst noch den Weg friedlicher Regelung der Angelegenheiten einem gewaltsamen Durchgreifen vorziehen. Es gewinnt dabei an Wahrscheinlichkeit, daß im Innern des Kantons selbst ein Wechsel der Dinge vor sich gehen werde.

8 Berlin, 30. Mai. Die diesseitige Regierung soll allen Versicherungen nach jetzt ernstlicher denn je entschlossen sein, durch Aufstellung eines festen Programms dem ergebnislosen Gange der hiesigen Zollkongreß-Verhandlungen baldigst ein Ende zu machen. Von einer Nachgiebigkeit gegen die Darmstädter Vereinbarungen, welche von München und Dresden her in so nahe Aussicht gestellt wird, will hier noch immer Nichts verlauten.

Die auswärtigen Kammermitglieder haben nunmehr, bis auf einige Fraktionshändler, sämmtlich Berlin verlassen. Unter den noch anwesenden Abgeordneten bemerkt man namentlich den Grafen von Fürstenberg-Stammheim und Hrn. v. Bethmann-Hollweg. Bei der neulichen Ordensverleihung durch den Kaiser von Rußland hat der Graf Stolberg den Andreas-Orden, den ersten russischen Orden, erhal-

